

Zum Umgang mit strittigen Programm- und Satzungsfragen

Ebenso wie die Parteeubildung werden auch die Herausbildung eines Gründungsprogramms und einer Satzung immer konkreter. Am 30.9.06 findet in Hannover ein Programmkovent statt, Mitte Oktober werden Entwürfe zu Gründungsprogramm, Satzung und Finanzordnung vorgelegt. Auf fünf vorgesehenen Regionalforen beider Parteien, in denen sich Landesverbände aus Ost und West begegnen, werden das Gründungsprogramm und die anderen Entwürfe einer Diskussion unterzogen werden. Im Ergebnis dieser Beratungen sollen dann von den Kommissionen im Dezember überarbeitete Dokumente vorgelegt werden, die dann nochmals breit an der Basis sowie auf Landesparteitagen diskutiert und anschließend mit Änderungsanträgen auf den gemeinsam durchgeführten beiden Bundesparteitagen von Linkspartei.PDS und WASG im März 2007 getrennt verabschiedet werden. Auf dieser Basis können beide Parteitage dann die Parteeubildung beschließen, die anschließend der Mitgliedschaft zur Urabstimmung vorgelegt wird.

Vor uns liegt also eine Phase intensiver Diskussion über die Programmatik, die satzungsmäßige Verfasstheit, weitere Regularien, Übergangsregelungen usw. der neuen linken Partei. Dies wirft automatisch die Frage auf, wie wir mit den Punkten umgehen, in denen sich die Programm- und Satzungskommissionen möglicherweise nicht einigen konnten. In diesen Punkten spiegeln sie dann durchaus die Diskussionen an der Basis beider Parteien wider. Hier macht es Sinn, zwischen Programm- und Satzungsfragen zu unterscheiden.

Strittige Programmfragen

Bevor ich auf die strittigen Punkte der programmatischen Diskussion eingehe, soll erst einmal festgestellt werden, dass die gemeinsame Programmkommission beider Parteien sich in den meisten Punkten auf gemeinsame Standpunkte einigen konnte. Auch in den strittigen Punkten verliefen die Diskussionslinien nicht nach dem Muster: hier WASG – dort Linkspartei.PDS, sondern quer zu den Parteien.

Die offenen programmatischen Fragen wurden ja bereits in den „Eckpunkten“ gesondert dargestellt (<http://www.w-asg.de/1214.html>). Diese Vorgehensweise wurde in Diskussionsveranstaltungen beider Parteien vielfach sehr positiv aufgenommen. Betont sie doch den offenen Charakter der Diskussion und macht deutlich, dass alle Positionen ernst genommen werden.

In den Diskussionen der gemeinsamen Programmgruppe kristallisieren sich Punkte oder Themenblöcke heraus, bei denen es Dissens gibt. Einige davon sollen nachfolgend dargestellt werden.

Der erste Block betrifft vor allem Fragen der Kommunal- und Landespolitik, konkret die Verschuldung von Kommunen und Bundesländern. In den „Eckpunkten“ wird hierzu formu-

liert: *„Strittig unter Linken ist, welche Stellung die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsräume in linker Politik haben sollte. Dazu gehören auch Fragen danach, in welchem Umfang angesichts der Finanzprobleme öffentlicher Haushalte eine Ausweitung von öffentlichen Investitionen, Kreditfinanzierungen und von Beschäftigung im öffentlichen Dienst finanzierbar und vertretbar ist.“* Eng verbunden hiermit ist die Frage der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher/kommunaler Unternehmen. In diesem Dissens spiegeln sich die Nöte ostdeutscher Kommunal- und Landespolitiker, denen jeder Gestaltungsspielraum genommen wird, ebenso wie die Interessen der Beschäftigten, die Opfer von Sparpolitik sind. Die Frage der Privatisierung öffentlichen Eigentums hat durch die Wohnungsverkäufe in Dresden und Erfurt enorm an Brisanz gewonnen, geht es doch hierbei nicht nur um die Frage öffentlicher Finanzen, sondern um dramatische Veränderungen im Wohnungsmarkt (mit den entsprechenden Folgen für die Mieter) durch das Wirken internationaler Wohnungskonzerne.

Ein zweiter Block betrifft die Frage des gesellschaftlichen Ziels und Schritte zu seiner Realisierung. Konkret geht es um die Frage der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, um aktuelle Forderungen in diese Richtung und um das gesellschaftspolitische Ziel des „demokratischen Sozialismus“. Unstrittig ist, dass dieses Ziel im Gründungsprogramm genannt wird, strittig ist, in welcher Form und Konkretisierung.

Der dritte Block hat seine tiefere Ursache in der hohen Arbeitslosigkeit und der Frage, wie arbeitslose Menschen in dieser Gesellschaft überleben können. Strittig ist *„ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein kann.“* Hiermit verbunden ist der Streit bedingungsloses individuelles Grundeinkommen versus bedarfsorientierte Grundsicherung.

Da der Streit um das bedingungslose Grundeinkommen in der linken Presse hohe Wellen geschlagen hat, ein paar Bemerkungen von mir hierzu. Dass ich als alternativer Wirtschaftspolitiker die Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Investitionsprogramme, Stärkung der Binnenkaufkraft und Arbeitszeitverkürzung für realistisch halte, dürfte ebenso bekannt sein, wie meine Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens. Hierzu haben Joachim Bischoff, Björn Radke und ich in einem Artikel Stellung genommen (http://www.axeltroost.de/article/196.aufregung_um_ein_a_8222_bedingungsloses_a_8220_grundeinkommen.html). Im Nachhinein betrachtet finde ich den Artikel zu polemisch formuliert und persönlich angreifend. Hierfür möchte ich mich entschuldigen. Die Antwort der offenen Erklärung der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS auf diesen Artikel übersteigt allerdings erheblich das Maß. Ich werde dort zu einem Befürworter des Arbeitszwangs und betreibe Betrug an meinen WählerInnen; der letzte Abschnitt ist mit *„Versuch der Ausschaltung des Meinungsstreites und der innerparteilichen Demokratie“* überschrieben.

Auch hier müssen wir schnell zu einem sachlichen Streit zurückkommen. Im Bundeswahlprogramm haben wir gemeinsam formuliert und davon gibt es überhaupt keine Abstriche:

„2.1. Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

Wer wegen Arbeitslosigkeit, zu geringem Einkommen, Ausbildung sowie aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll mittelfristig Anspruch auf eine individuelle bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. Für eine solche Grundsicherung müssen die Regelleistungen in den steuerfinanzierten Sicherungssystemen auf ein Niveau angehoben werden, das sich am Bedarf der Betroffenen orientiert. Bedarfsorientiert heißt mindestens Armut vermeiden. Jede und jeder, auch jede Familie mit Kindern darf nach Einführung der Grundsicherung nicht weniger im Monat zur Verfügung haben als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens vergleichbarer Familien im Land. Für Alleinstehende sind dies heute mindestens 750 Euro netto im Monat, für eine Familie mit zwei kleinen Kindern mindestens 1.900 Euro netto. Eine solche soziale Grundsicherung ist ein Individualrecht, Verwandte sollen nicht als „Bedarfsgemeinschaften“ für das Lebensnotwendige in Haftung genommen und eigene Anstrengungen zur Alterssicherung nicht belastet werden. Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen darf nicht zum Verlust des Anspruchs führen; Zwang zur Arbeit lehnen wir ab.

Als erste Schritte zu einer tatsächlichen Grundsicherung fordern wir:

- *Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft),*
- *höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung,*
- *eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten.“*

Ein Gründungsprogramm ist kein Parteiprogramm

Die Aufzählung der strittigen Punkte wirft nun die Frage auf, wie wir mit ihnen umgehen. Zumal in den nächsten Wochen nicht mehr „Programmatische Eckpunkte“ diskutiert werden, sondern das Gründungsprogramm einer neuen Partei. Aber es ist eben ein Gründungsprogramm. Das Parteiprogramm soll erst von der neuen Partei nach einer längeren Diskussion an der Basis entwickelt werden.

Deshalb müssen im Gründungsprogramm Formulierungen gefunden werden, mit denen alle, mal besser und mal schlechter, leben können. Diese konsensuale Herangehensweise bedeutet nicht Beliebigkeit, wie ich an ein paar Beispielen aufzeigen möchte, sondern das Bestreben, dass das Gründungsprogramm von möglichst vielen Mitgliedern der neuen linken Partei getragen werden kann.

Bei allem Verständnis für die Finanznöte ostdeutscher Kommunalpolitiker sollte das Gründungsprogramm deutlich machen, dass die neue Partei klar auf der Seite der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes steht. Es sollte deutlich machen, dass Privatisierung nicht die Auslieferung öffentlichen Eigentums an Hedge-Fonds bedeuten kann; die Rolle von Genossenschaften sollte genauer definiert werden. Der kleine sprachliche Unterschied (mit enormen Auswirkungen), nämlich die Frage wie *viel* und nicht wie *wenig* gesellschaftliche Organisation von der öffentlichen Hand geleistet werden muss, sollte im Gründungsprogramm verankert werden (siehe hierzu den Artikel von Thomas Händel im Freitag vom 18.8.2006 http://www.axeltroost.de/article/336.haendel_privatisierung_ist_das_kernthema.html).

Die Forderung eines „demokratischen Sozialismus“ sollte Bestandteil eines Gründungsprogramms sein. Die Konkretisierung dieser Forderung sollte ebenso wie Diskussionen über

Verstaatlichung/Vergesellschaftung etc. Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses nach der Parteigründung sein. Allerdings sollte auch deutlich gemacht werden, dass Menschen, die einen demokratischen Sozialismus nicht als ihr Ziel definieren, einen gleichberechtigten Platz in der neuen linken Partei haben.

Die Diskussion über bedarfsorientierte Grundsicherung versus bedingungsloses Grundeinkommen benötigt weitere Zeit und sollte in einem Gründungsprogramm nicht entschieden werden. Hier sollte allerdings die bisherige Formulierung der „Eckpunkte“, also der Konsens der Programmkommission, gewählt werden: *„Umstritten im Spektrum alternativer Debatten ist die Frage, ob eher einem bedingungslosen individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not. Da wir Zwang zur Arbeit ablehnen, stellt sich das Problem: Wie können zumutbare Arbeit und Bedürftigkeit bestimmt werden?“*

Der Gegenvorschlag der Befürworter des Grundeinkommens: *„Diskutiert wird unter Linken die Frage, ob eher einem bedingungslosen, individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not. Dieser Diskussionsprozess ist ergebnisoffen weiterzuführen. Unstrittig ist aber, dass wir jeglichen Zwang zur Arbeit ablehnen, auch den Zwang zur Arbeit per Zumutbarkeitsregelungen“* verschiebt den Konsens der Kommission zugunsten der Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens.

Eine Orientierung auf den Konsens, mit dem sowohl große Gruppen von Mitgliedern der WASG als auch der Linkspartei.PDS leben können, bedeutet auch, dass auf den WASG-Parteitag im November und März keine „Klärung“ der strittigen Punkte erreicht werden kann. Die Diskussionen müssen weitergeführt werden. Konsensuale Herangehensweise bedeutet aber natürlich auch, dass das Gründungsprogramm nicht gegen substantielle Vorstellungen der WASG verstoßen darf.

Differenzen in Satzungsfragen

Während in strittigen programmatischen Fragen die Möglichkeit besteht, diese in einem längeren Prozess ausdiskutieren, ist dies in Satzungsfragen nicht so leicht möglich. Eine Satzung regelt die „Spielregeln“ der Partei, Rechte und Pflichten der Mitglieder und Vorstände. Und sie wirkt von Anfang an. Deshalb müssen in den nächsten Monaten Entscheidungen getroffen werden.

In der gemeinsamen Satzungskommission kristallisieren sich einige Streitpunkte heraus. Wie viel Trennung von Vorstandsämtern und Mandat bzw. Beschäftigungsverhältnis soll es geben? Wie viel Trennung soll es bei Parteitagsdelegierten und Mandat bzw. Beschäftigungsverhältnis geben? Wie soll im Übergang die Delegiertenzusammensetzung bei Bundesparteitagen aussehen? Wie soll im Übergang und längerfristig der Parteivorstand aussehen? Welche Quoten nach Geschlecht, früherer Parteizugehörigkeit und West/Ost soll es

geben. Wie groß soll der Vorstand und seine Geschäftsführung sein? Soll der geschäftsführende Vorstand hauptamtlich agieren?

Für diese Fragen müssen Lösungen gefunden werden. Während in programmatischen Fragen der Konsens, die Orientierung auf längerfristige Diskussion möglich ist, müssen in Satzungsfragen Kompromisse gefunden werden, die beiden Partnern entgegen kommen.

Die WASG hat eine vollkommene Trennung von Amt und Mandat bzw. Beschäftigung beschlossen. Parteitage und Vorstände der Linkspartei.PDS sind zu großen Teilen aus Parlamentariern und hauptamtlich Beschäftigten zusammengesetzt. Die unterschiedliche Herangehensweise hat politische und faktische Ursachen. Die WASG will mit ihrer klaren Trennung Verselbständigungen einer politischen Kaste, wie wir sie aus der alten Bundesrepublik kennen, verhindern. KritikerInnen aus der WASG werfen hier ein, dass ein solcher Beschluss die Separierung der Fraktionen geradezu begünstige. Die Zusammensetzung der Gremien der Linkspartei.PDS hat auch etwas mit ihrem Erfolg im Osten zu tun. Auf Grund des hohen Altersdurchschnitts der Linkspartei.PDS und der großen Zahl der MandatsträgerInnen und bei der Partei Beschäftigten, gibt es eine hohe Rate von jüngeren Mitgliedern, die zu diesen beiden Gruppen gehören. Ein Kompromiss in diesen Fragen dürfte wohl in einer Quote von MandatsträgerInnen und bei der Partei Beschäftigten (nicht auf der gleichen Vorstandsebene) liegen, die eine Mitarbeit ermöglicht, ohne dass sich „der Apparat“ immer wieder selbst reproduziert.

Ein Delegiertenschlüssel für Bundesparteitage nach Mitgliederzahlen und Wählerstimmen ist zu begrüßen. Das Parteiengesetz schreibt hier Maximalwerte (jeweils 50%) vor. Ein volles Ausschöpfen sichert die Abbildung realer Mitgliederverhältnisse ist aber gleichzeitig auch der notwendige Abschied von der Regionalpartei Ost. Was natürlich auch im Interesse der Mitglieder aus der ehemaligen DDR ist.

Bei der Besetzung des „Übergangs-Parteivorstands“ dürften die besten Quoten sicherlich in einer Parität Linkspartei.PDS/WASG, West/Ost, Männer und Frauen bestehen. Die Vorstellung, den Parteivorstand zu vergrößern, und damit die Partei und auch die Gesellschaft besser abzubilden, und gleichzeitig einen arbeitsfähigen, hauptamtlichen geschäftsführenden Vorstand zu schaffen, ist meines Erachtens ebenfalls eine diskussionswürdige Variante.

In vielen Fragen hat sich die Satzungskommission schon zu gemeinsamen Vorschlägen durchringen können. Dies bedeutet auch manchmal die „bessere“ Variante der anderen Partei zu übernehmen, z.B. in Quotierungsfragen die der Linkspartei.PDS, in Fragen der Urabstimmung die der WASG. Einige Fragen müssen aber entschieden werden. Hierzu wird es zahlreiche Möglichkeiten der Diskussion von Oktober bis Februar auf den Regionalkonferenzen, Parteitagen und vor Ort geben. Tendenzvoten sind auch auf dem Novemberparteitag der WASG möglich, auch bei eintägiger Dauer.

Strömungen und programmatische Diskussion

Am Wochenende hat sich mit der „Sozialistischen Linken“ eine weitere Strömung in beiden Parteien offiziell konstituiert (www.sozialistische-linke.de). Strömungen werden somit auch zu einem zunehmenden Faktor in der programmatischen Diskussion und im Willensbildungsprozess der neuen linken Partei. Ich persönlich werde mich voll und ganz auf die gemeinsame Arbeit in Partei und Fraktion konzentrieren, keiner der Strömungen anschließen, sondern versuchen unser breites Spektrum zusammen zu halten bzw. zu führen und möglichst alle für eine aktive Mitarbeit in unserer neu entstehende Partei zu gewinnen. Die WASG hat viele Mitglieder, die sich keiner Strömung zugehörig fühlen. Gerade diese Mitglieder habe ich in den letzten beiden Jahren für den Eintritt in die WASG und teilweise in die (Partei)Politik überhaupt umworben. Ihnen fühle ich mich deshalb bei der Bildung der neuen Partei besonders verpflichtet.

Die Artikulation gemeinsamer politischer Standpunkte, die ja sowieso vorhanden sind, in Strömungen, Plattformen, gemeinsamen Zeitschriften usw. ist etwas ganz normales und kann für eine neue linke Partei auch sehr produktiv sein, wenn diese Strömungen auf eine vernünftige Weise miteinander umgehen. Generell halte ich es für wichtig, dass die Arbeit von strömungsorientierten Mitgliedern der neuen linken Partei vor allem in der Partei selbst stattfindet. Eine aktive Partei, getragen von der Pluralität ihrer Mitglieder und einer lebendigen Diskussion, kann eine enorme Ausstrahlungskraft entwickeln. Strömungen als Partei in der Partei (ich meine hier niemanden konkret) dürften hierbei eher hinderlich sein.

Einige der bisherigen strömungsorientierten Diskussionsbeiträge gleichen eher Forderungskatalogen und einer Bewertung von vorliegenden Dokumenten in richtig oder falsch, wie z.B. im Beitrag „Widerstand mobilisieren“ der Antikapitalistischen Linken zum „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ von Oskar Lafontaine, Gregor Gysi u.a. Substantielle Beiträge der Strömungen wären sicherlich eine Bereicherung der Programmdiskussion. Für die Herausbildung der neuen Partei ist es sehr wichtig, wenn die vorhandenen Strömungen konstruktiv miteinander umgehen, d.h. insbesondere miteinander statt übereinander reden.